

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Herr Leesemann
Frau Berkemeyer
Herr Flachmann

Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.07.2018**

Frau Häckel macht eine Anmerkung zu Punkt 6 der Niederschrift. Mit der Aussage im vorletzten Absatz, sie schließe sich den Ausführungen von Frau Henke an, sei ihr Wortbeitrag nicht korrekt wiedergegeben worden. Sie habe die Aussage von Frau Henke dahingehend verstanden, dass alle, sowohl die im politischen Antrag wie auch die im Ergänzungsantrag enthaltenen Maßnahmen zur Jugendbeteiligung nochmals gemeinsam angeschaut werden sollten, und nicht in getrennten Verfahren.

In diesem Zusammenhang kündigt Vorsitzende Frau Weißenfeld zum Thema Jugendbeteiligung einen Tagesordnungspunkt für die Oktober-Sitzung an.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.07.2018 wird unter Einbeziehung der Anmerkung von Frau Häckel nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Ergänzung Kinderärztliche Versorgung**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

Zu Punkt 2.2 **nachtfrequenz18 - Nacht der Jugendkultur**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

Zu Punkt 2.3 **Bielefelder Bildungsfonds - Mittelverwendung aktuelle Förderphase 2018/2019**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.08.2018**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 **Weitere Mitteilungen**

- Frau Stillger verweist auf die Veranstaltung „Bielefelds bunter Tisch“ am 07.10.2018 auf dem Kesselbrink hin.
- Herr Schütz weist auf folgende Veranstaltungen hin:
 - Sommerfest 15.09.2018 im JZ Kamp
 - 23.09.2018 Stadtteilstfest rund um den Falkendom

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Zugänglichkeit von Spielflächen an Schulen außerhalb der Schulzeiten**
Anfrage der Sportjugend Bielefeld vom 03.08.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7071/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass eine Antwort auf die Anfrage noch nicht vorliege, da zwischen den zuständigen Fachämtern noch Abstimmungsbedarf bestehe.

Frau Häckel regt an, dieses Thema in der nächsten Sitzung unter Beteiligung der zuständigen Fachämter zu erörtern.

Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt hierfür einen eigenen Tagesordnungspunkt vor.

Frau Brinkmann unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich.

Vorsitzende Frau Weißenfeld kündigt an, dieses Thema für die Oktober-Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen**
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.07.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7075/2014-2020

Frau Brinkmann präzisiert den Antrag insofern, als sie die Verwaltung um Informationen darüber bittet, welche Verfahrensschritte bisher erfolgt sind und wie der weitere Ablauf geplant ist. Sollten bereits erste Gespräche mit den Trägern geführt worden sein, bittet sie um Bekanntgabe der Ergebnisse.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Jugendhilfeausschuss bis zu den Herbstferien einen aktuellen Zwischenstand zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vorzulegen und mögliche Änderungen zu erläutern.

dafür 12 Stimmen
dagegen 1 Stimme
Enthaltung 1 Stimme
-mit Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen**
Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN vom 04.09.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7222/2014-2020

Herr Wandersleb führt aus, dass dieser Antrag der Präzisierung des CDU-Antrages unter TOP 4.1 diene.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des JHA eine

Übersicht über die Erledigung der Aufträge aus dem Ratsbeschluss vom 30.06.2016 (Drucksachen-Nr. 3135/2014-2020) vorzulegen und darzustellen, inwieweit es im Laufe der aktuellen Vertragsperiode zu wesentlichen Entwicklungen innerhalb der Leistungsverträge gekommen ist, die eine Relevanz für die neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ab dem 01.01.2020 haben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Geflüchtete aus Seenot

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7116/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt eine Einführung zur Vorlage. Aufgrund der guten Erfahrungen mit der Fachlichkeit in den vergangenen Jahren und aus der Verantwortung heraus, die Menschen zu unterstützen, die unter gefährlichen Bedingungen auf dem Mittelmeer unterwegs waren, habe der Oberbürgermeister den Vorschlag gemacht, aus Seenot gerettete unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld aufzunehmen.

Für den Fall, dass infolgedessen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld aufgenommen werden, sei von den infrage kommenden freien Trägern Unterstützung bei der Betreuung zugesagt worden. Die Anzahl der in Bielefeld betreuten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge habe in der Spitze bei 550 gelegen, aktuell liege die Zahl bei 210.

Herr Bolte äußert sich kritisch zum Verhalten des Oberbürgermeisters, ohne vorherige Gespräche mit den Fraktionen/Gruppen einen Brief an Frau Merkel zu richten.

Grundsätzlich unterstützt Herr Bolte das Hilfsangebot. Allerdings sollte es mit einem Rahmen versehen und dieser in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden. Falls sich die Verhältnisse im Nachhinein ändern sollten, könnte erneut darüber diskutiert werden.

Daher stellt er folgenden Änderungsantrag:

Punkt 1 des Beschlussvorschlages soll wie folgt ergänzt werden (Änderungen kursiv u. fett):

- „1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen eines Limits von 15% über Soll für die Jahre 2018 und 2019** der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind.“

Auch Herr Goertz unterstützt das Hilfsangebot, jedoch geht es ihm nicht weit genug. Er spricht sich für eine Diskussion darüber aus, generell Geflüchtete aufzunehmen, nicht nur unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Er bittet den Oberbürgermeister, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Seenotrettung entkriminalisiert wird und legale Fluchtwege nach Europa geschaffen werden.

Frau Hopster und Herr Wandersleb unterstützen ebenfalls das Hilfsangebot. Es handele sich um einen Akt der Humanität, der schließlich alle verpflichtet ein sollten. Abschottung und Obergrenze könne nicht das Thema sein, sondern zu schauen, wie den Menschen geholfen werden kann. Der Umfang der Hilfen werde davon abhängig sein, was die Sozialverwaltung und die freien Träger leisten können.

Frau Stillger als Vertreterin des Fachbeirates für Mädchenarbeit gibt bekannt, dass der Fachbeirat das Hilfsangebot vollumfänglich unterstütze. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass die Bielefelder Zivilgesellschaft gemeinsam mit den Hauptamtlichen sehr viel leisten kann.

Herr Pieplau werde den Änderungsantrag von Herrn Bolte ablehnen. Ein Limit sei faktisch bereits dadurch gegeben, dass nur unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen werden sollen. Er unterstützt die Aussage von Herrn Goertz, dass der Oberbürgermeister nicht nur auf Landesebene, sondern auch bei den Städtetagen, die er besucht, für die bezogene Position wirbt.

Herr Pieplau stellt daraufhin folgenden **Änderungsantrag**:

Punkt 1 des Beschlussvorschlages soll wie folgt ergänzt werden (Änderungen kursiv u. fett):

„1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind **und bei den Städtetagen für diese Position zu werben.**“

Frau Henke unterstützt ebenfalls die Beschlussvorlage. Den Antrag von Herrn Bolte werde sie ablehnen. Da Bielefeld bereits über den Sollzahlen liege, hätte der Änderungsantrag zur Folge, dass keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mehr aufgenommen werden könnten.

Frau Brinkmann kritisiert, dass der Oberbürgermeister sich im Vorfeld nicht mit der gesamten Politik abgestimmt habe. Die Beschlussvorlage ist aus ihrer Sicht schlecht, unpräzise und falsch. Sie bemängelt, dass keine Aufnahmezahlen vorgegeben und keine Kosten (inkl. Folgekosten z.B. für Kita- und Schulplätze sowie betreuendes Fachpersonal) genannt werden. Mit dieser Vorlage gerate Bielefeld in eine unüberblickbare Situation. Weiter befürchtet sie, dass mit einem solchen Angebot das Geschäftsmodell der Schlepper unterstützt wird. Außerdem sehe sie die Gefahr, damit vielen Menschen Hoffnung auf ein besseres Leben zu machen, die sich mit Blick auf die Zahl der tatsächlich anerkannten Asylbewerber letztlich nicht erfüllen werden.

Frau Brinkmann wirft die Frage auf, ob das gemachte Angebot eine Aufgabe von Bielefeld sei, das aktuell schon mehr minderjährige Geflüchtete aufgenommen hat als die vorgesehene Aufnahmequote besagt. Sie erklärt, dass ihre Fraktion diese Vorlage ablehnt.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist die Behauptung, dass mit einem Angebot für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die aus dem Meer gerettet werden, Schlepper unterstützt werden, ausdrücklich zurück.

Herr Goertz zeigt Unverständnis für die Position der CDU-Fraktion, die seiner Meinung nach die Geflüchteten lediglich als Kostenfaktor und nicht als Menschen sehe.

Herr Bolte spricht sich erneut dafür aus, eine Regulierung in das Angebot aufzunehmen. Dies würde die Argumentation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit den Trägern erleichtern.

Herr Wandersleb hält es für wenig hilfreich, ein Limit zu definieren. Es sei eher hilfreich für die Bürgerinnen und Bürger, Gespräche mit den freien Trägern und anderen Beteiligten zu führen und gleichzeitig zu deutlich machen, dass, soweit möglich, den Menschen an dieser Stelle geholfen werden soll.

Frau Stillger versteht diesen Antrag als einen Werteantrag. Dieser Werteantrag passe zu Bielefeld.

Für Frau Hennke geht es insbesondere um die Aussage, dass Bielefeld in besonderer Weise geeignet ist, den aus Seenot geretteten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, eine Heimat zu geben.

Vorsitzende Frau Weißenfeld unterstützt ebenfalls das Hilfsangebot. Zu dem Vorschlag von Herrn Bolte, eine Regulierung vorzusehen, vertritt sie die Auffassung, eine Obergrenze sei nicht erforderlich. Es bestehe jederzeit die Möglichkeit der Überprüfung und der Diskussion in den Fachausschüssen und im Rat. Es gehe nicht um Tausende von Menschen, sondern um diejenigen, die jetzt gerettet werden. Dementsprechend sollte der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin signalisiert werden, dass Bielefeld zur Unterstützung bereit steht.

Im Anschluss lässt Vorsitzende Frau Weißenfeld über die gestellten Anträge abstimmen:

Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Bolte

Punkt 1 des Beschlussvorschlages soll wie folgt ergänzt werden (Änderungen kursiv u. fett):

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ***im Rahmen eines Limits von 15% über Soll für die Jahre 2018 und 2019*** der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind.

dafür 1 Stimme
dagegen 13 Stimmen
Enthaltungen ./.
-mit Mehrheit abgelehnt-

Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Pieplau

Punkt 1 des Beschlussvorschlages soll wie folgt ergänzt werden (Änderungen kursiv u. fett):

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind **und bei den Städtetagen für diese Position zu werben.**

dafür 10 Stimmen
dagegen 4 Stimmen
Enthaltungen ./.
-mit Mehrheit beschlossen-

Abstimmung über die Beschlussvorlage:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt unter Berücksichtigung des zuvor gefassten Einzelbeschlusses zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind **und beim Deutschen Städtetag für diese Position zu werben.**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den in Frage kommenden freien Trägern der Jugendhilfe die notwendigen Absprachen zu treffen, um bei Bedarf kurzfristig die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme und Versorgung der Kinder und Jugendlichen schaffen zu können.

dafür 10 Stimmen
dagegen 4 Stimmen
Enthaltungen ./.
- mit Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 6

LSBTI*-Projekte

Herr Schütz und Frau Puffer geben eine Einführung zu dem Thema.

Im Anschluss stellen die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen von „begin - Bielefeld“, „mosaik“ und „SCHLAU Bielefeld“ unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation ihre LSBTI*-Projekte vor.

Folgende Bedarfe werden für die weitere Arbeit gesehen:

- Trans*Beratung von und für trans*Menschen
- Qualifikation/Fortbildungen der Fachkräfte

- Queer und Behinderung
- Bessere Vernetzung zwischen Angeboten und geschlechtersensiblen Hilfestrukturen
- Beratung
- Förderung freizeitpädagogischer Angebote
- Aufstockung Fachkräfteschlüssel/Stunden

Rückfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich für die Vorträge und sagt die Unterstützung ihrer Arbeit durch den Jugendhilfeausschusses zu.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7069/2014-2020

Frau Berkemeyer stellt die bedeutsamsten Inhalte des Berichtes vor.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Bündelung der Aufgaben von Familienbüro und Kitaplatzvermittlung **2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6598/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Überlegungen der Verwaltung, die Aufgaben von Familienbüro und Kitaplatzvermittlung zu bündeln, um so eine dauerhafte Aufgabenerfüllung gewährleisten zu können.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Personalbedarf im Rahmen der Stellen- und Haushaltsplananmeldung für das Jahr 2019 einzubringen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9

Haushaltsplan und Stellenplan 2019 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6871/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Vorberatungen im Unterausschuss Jugendhilfe.

Anschließend erläutert Herr Pieplau den Antrag der Koalition (Drs.-Nr. 7227/2014-2020).

Er zeigt sich erfreut, dass sowohl auf kommunaler wie auch auf Landesebene weitestgehend Konsens bestehe, die beitragsfreie Bildung von der Kita bis zur Uni erreichen zu wollen.

Dieser Antrag stelle lediglich einen 1. Schritt auf kommunaler Ebene dar. Mehr als diesen 1. Schritt lasse der kommunale Haushalt noch nicht zu.

Herr Bolte hält es nicht für den richtigen Weg, politische Ziele stets dem Haushalt unterzuordnen. Der Haushalt müsse auch mal an politische Ziele angepasst werden. Ein politisches Ziel müsse es sein, Bildung wieder auf sichere Füße zu stellen.

Der Inhalt des Antrages auf Abschaffung der ersten Einkommensstufe gehe ihm nicht weit genug. Daher stellt er den **Änderungsantrag**, Punkt 2 des Antrages wie folgt zu ändern:

2. „Die Elternbeiträge für die Kindertagespflege und für die Kindertageseinrichtungen werden ab dem 01.08.2019 abgeschafft.“

Hinsichtlich des Antrages der Koalition bemängelt Frau Hopster, dass die OGS nicht bedacht wurde. Dennoch werde sie dem Antrag zustimmen. Sie begrüßt grundsätzlich den Änderungsantrag von Herrn Bolte. Als Vertreterin der AGW könne sie dem Antrag jedoch nicht zustimmen, ohne diesen vorher mit den Trägern rückgekoppelt zu haben.

Frau Brinkmann bittet darum, den Antrag der Koalition in 1. Lesung zu beraten, da der Antrag ohne Angaben von Kosten erst am Vortag per Mail zugegangen und somit eine Erörterung in der letzten Fraktionssitzung nicht mehr möglich gewesen sei. Die Beratung dieses Antrages sei in der nächsten Fraktionssitzung am 24.09.2018 vorgesehen.

Frau Henneke bezieht sich auf den Änderungsantrag von Herrn Bolte. Auch ihr sei daran gelegen, Bildungsaufgaben freizustellen. Für diese Aufgabe seien in erster Linie Bund und Länder gefragt. Einen Verzicht auf 11 Mio. € Elternbeiträge lasse der Haushalt nicht zu. Insofern sei der Änderungsantrag nicht zielführend.

Für Frau Stillger stellt sich die Frage, wie mit der berechtigten Forderung von Herrn Bolte politisch umzugehen sei.

Für Herrn Langeworth bedarf es noch weiterer Informationen hinsichtlich der Beträge und der Deckungsmöglichkeiten.

Hinsichtlich einer erforderlichen Satzungsänderung bittet er diese grundsätzlich auf Aktualität und Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen.

Angesichts des vorgegebenen Zeitplans für die Haushaltsberatung strebt Vorsitzende Frau Weißenfeld in der heutigen Sitzung ein Votum des Jugendhilfeausschusses an.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist angesichts der heutigen abschließenden Beratung im Jugendhilfeausschuss darauf hin, dass ein Schieben der Abstimmung über den Antrag zur Folge hätte, dass dieser in den Finanz- und Personalausschuss eingebracht werden könnte.

Die finanziellen Auswirkungen beim Verzicht auf die erste Einkommensstufe bei den Elternbeiträgen beziffert er wie folgt:

für 2019: 80.000 €

ab 2020: jährlich 180.000 €

Frau Eberlein weist auf die angekündigte Änderung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2020 hin. In diesem Zusammenhang werde derzeit die Erhebung von Elternbeiträgen auf Landesebene diskutiert. Hier sei noch eine Entwicklung zu erwarten. Vor diesem Hintergrund hält sie es für sinnvoll, über den ersten Schritt nachzudenken, um die Einkommensschwachen zu entlasten und den weiteren Verlauf von der Gesetzesänderung abhängig zu machen.

Sie erinnert daran, dass im Kita-Bereich die Personalausstattung dringend erhöht werden müsse. Sie befürchtet, dass das Eine zulasten des Anderen gehen könnte. Insofern spricht sie sich dafür aus, die landespolitische Entwicklung abzuwarten.

Frau Brinkmann kündigt an, dass die CDU-Fraktion heute aus den bereits von ihr erwähnten Gründen nicht über den Antrag abstimmen werde. Sie bittet darum, dass solche Anträge künftig rechtzeitig eingehen, damit eine Besprechung in der Fraktion möglich ist.

Vor dem Hintergrund des Zeitplans spricht sich Frau Stillger als Vertreterin des Fachbeirates für Mädchenarbeit dafür aus, den Antrag der Koalition als einen ersten Schritt auf den Weg zu bringen.

Die landespolitische Entwicklung möchte sie nicht abwarten. Sie regt an, im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes strategisch zu überlegen, wie das Thema forciert werden könnte.

Herr Pieplau führt aus, dass die Koalition an dem Antrag festhalte.

Herr Langeworth kritisiert, dass der Antrag erst einen Tag vor der zweiten Lesung eingegangen ist.

Auf seine Nachfrage, bis wann spätestens die Verwaltung hinsichtlich der Satzungsänderung einen Beschluss benötige, sieht Beigeordneter Herr Nürnberger einen Beschluss des Rates im Februar 2019 als noch rechtzeitig an.

Herr Müller schlägt vor, eine Strategie zur Erreichung einer Beitragsfreiheit zu entwickeln. Er kündigt an, dem Antrag der Koalition zuzustimmen.

Frau Brinkmann gibt zu Protokoll, dass es üblich sei, der Bitte einer Fraktion auf 1. Lesung nachzukommen. Dies erfolge hier nicht.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion mit dem Ergebnis, dass der Antrag der Koalition überwiegend Zustimmung finde, zieht Herr Bolte seinen Änderungsantrag zurück unter der Voraussetzung, dass in einer der nächsten JHA-Sitzungen noch innerhalb dieses Jahres über das Thema „Beitragsfreie Bildung“ diskutiert wird und es sich bei der Abschaffung der untersten Einkommensstufe um einen ersten Schritt handelt.

Vorsitzende Frau Weißenfeld kündigt daraufhin an, das Thema Elternbeiträge in der November-Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

Anschließend lässt sie über den Antrag der Koalition abstimmen. Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Einzelbeschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Anlage zu § 2 der „Satzung der Stadt Bielefeld über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen sowie die Finanzierung der städtischen Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in Bielefeld einschließlich der Erhebung von Elternbeiträgen für die OGS (Elternbeitragssatzung)“ mit folgender Maßgabe zu ändern und dem Finanz- und Personalausschuss sowie dem Rat der Stadt Bielefeld zur Beschlussfassung vorzulegen:

Die Elternbeiträge für die Kindertagespflege und die Kindertageseinrichtungen in der Einkommensstufe zwischen 17.501 und 24.542 Euro werden ab dem 01.08.2019 abgeschafft, ein Beitrag wird somit erst ab einem Jahreseinkommen ab 24.543 Euro erhoben.

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, die entsprechenden Kosten in den Haushaltsplan 2019 einzustellen.

dafür 11 Stimmen
dagegen ./.
Enthaltungen 3 Stimmen
-einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen-

Anträge der freien Träger zum Haushalt

Hinsichtlich der Anträge der freien Träger Kreis 74 e.V. und Sterntaler e.V. verweist Vorsitzende Frau Weißenfeld auf die Vorberatung im Unterausschuss Jugendhilfe. Danach sei beabsichtigt, dass die Verwaltung zunächst im Rahmen weiterer Gespräche mit den Trägern die wirtschaftliche und sachliche Situation erörtern werde, um anschließend dem Jugendhilfeausschuss eine Einschätzung vorzulegen.

Die Anträge sollten dann in die Verhandlungen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen einfließen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Abschließend fasst der Jugendhilfeausschuss unter Berücksichtigung des vorstehenden Einzelbeschlusses zum Antrag Drs.-Nr. 7227/2014-2020 folgenden

Gesamtbeschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten für die Jahre 2020 bis 2022 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	24 €	59.614 €	59.590 €
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	11.737.902 €	14.000.130 €	2.262.228 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	80.985.607 €	162.259.530 €	81.273.923 €
11.06.02	Förderung von Familien	22.287.872 €	94.520.232 €	72.232.360 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	432 €	2.399.135 €	2.398.703 €
Summen		115.011.837 €	273.238.641 €	158.226.804 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	42.000 €	272.800 €	230.800 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	109.500 €	99.500 €
Summen		52.000 €	382.300 €	330.300 €

wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf 2019** für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt- entsprechend Anlage 2 wird zugestimmt.
5. Den **Anträgen freier Träger** zum Haushalt 2019 auf Gewährung von Zuschüssen nach den Verfahrensrichtlinien der Stadt Bielefeld entsprechend der Anlage 3 wird zugestimmt.

dafür 10 Stimmen
dagegen 3 Stimmen
Enthaltungen 1 Stimme
-mit Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9.1 Darstellung der Teil-/Unterprodukte der Produktgruppe "Förderung von Kindern/Prävention"

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftlichen Ausführungen zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9.2 Beantwortung der Fragen zu den Haushaltsberatungen

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftlichen Ausführungen zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 10 Beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss
Änderung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt-**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7005/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt

1. ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied aus dem Vorstand der BezirksSchülerInnenVertretung als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss zu berufen.
2. für die Geschäftsbereichsleitung Jugendberufshilfe der REGE mbH und für eine Stellvertretung als beratende Mitglieder einen eigenen, zusätzlichen Sitz im Jugendhilfeausschuss einzurichten.
3. die Vertretung des (ehemaligen) Bielefelder Jugendhauses durch das Jobcenter *Arbeitplus* zu ersetzen.
4. die Änderung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt- der Stadt Bielefeld entsprechend der **Anlage 3** zu beschließen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 11 Umbesetzungen im Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt

Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6957/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Frau Dr. Christine Biermann (Laborschule/ Universität Bielefeld) wird als Nachfolgerin von Frau Eva Heselhaus (Ernst-Hansen-Schule) als Vertreterin des Arbeitsfeldes „Schule“ und Frau Kerstin Buchta (Diakonie für Bielefeld) als Nachfolgerin von Frau Christiane Detering (Diakonie Bielefeld) als Vertreterin des Arbeitsfeldes „Wohlfahrtsverbände“ in den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld als stimmberechtigtes Mitglied berufen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Hanke kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Lernreport
- Kinder- und Jugendkulturarbeit
- Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen
- Bielefeld integriert - Rückblick und Perspektiven
- Weiterentwicklung des Kinderschutzes
- Tagespflege/TaMuBi
- Sachstand neue Kitas bzw. Trägerschaften
- Partizipation

-.-.-

Bielefeld, den 05.09.2018

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)